





Schon die Kürzung dieses Betrages am Gehalt war nicht zulässig, denn Gehaltssteigerungen sind bei einem Gehalt unter 1500 Mark und ohne Schuldmittel nicht angängig. Die Beschlüsse hätte daher schon deshalb die 43,70 Mark nicht eingehalten dürfen, sondern sie einhalten müssen. Aber sie habe überhaupt kein Recht, die Gratifikation ganz oder teilweise zurückzuführen. Nach Ansicht des Gerichtes liege die Gratifikation am Schlusse des Jahres dem Angestellten bei zufriedenstellenden Leistungen, gegen die ja die Beflagte beim Kläger nichts einzuwenden gehabt habe, auch dann zu zahlen, wenn er fündig. Die Beschlüssegratifikation solle keine Prämie für die Zukunft sein, sondern sie sei eine Belohnung für früher geleistete gute und treue Dienste. Das sei allgemein im Geschäftsleben anerkannt.

### Ein Opfer des Totalitators.

Bodum, 18. Januar.

Der dritte Straatraum des hiesigen Landgerichts wird der 20 Jahre alte Buchhalter Paul Schmeitler unter der Anklage der Urkundenfälschung in 40 Fällen, des Betruges, der Untreue und der Unterschlagung. Der Angeklagte, der seit Jahren bei der Maschinenbauattent-Gesellschaft Salde beschäftigt ist, hat sich im Laufe der Jahre durch betrügerische Manipulationen die Summe von 150000 Mark angeeignet und das Geld in Bodumer Spielclubs oder auf Kennplätzen in Köln, Hamburg, Baden-Baden z. verpielt. Bei seinen Betrügereien ging er mit großem Raffinement zu Werke. Bei Salde wurden die bei der Reichsbank zahlbaren weißen Schecks von dem fälschmännlichen Direktor und einem der technischen Beamten unterschrieben. Ueber die Anzahl der letzteren hatten die Profuristen, was Schmeitler bekannt war, keinerlei Kontrolle. Schmeitler füllte nun die Interzessen des ersten Beamten unterschrieben; in der Höhe derselben Beträge füllte er rote Verrechnungsschecks und erklärte dann diese bei der Lebergabe für ungültig. Um die Konten übereinstimmend zu machen, bescheinigte er im Kontogebuch der Reichsbank die gefälschten weißen Schecks, auf die er bereits Zahlung erhalten hatte, für annulliert. Auf diese Weise erlangte er für sich 110 000 Mark, 40 000 Mark verpfändete er sich teils durch anderweitige falsche Buchungen, teils entnahm er sie einfach der Kasse. Auch als Agent einer Schweriner Lebensversicherungsanstalt soll er sich größere Beträge angeeignet haben. Schmeitler hat am 1. Juli 1913 seine Stellung bei Salde aufgegeben und ist nach Berlin bezogen, wo er sich scheinlich selbst der Staatsanwaltschaft stellt.

Zur Verhandlung waren 20 Zeugen, darunter die Direktoren und Profuristen der Firma Salde A. G., ferner als Sachverständige Reichsbankdirektor Glümecke, Buchrevisor Fejed und Prof. Dr. Rippenberger (Bonn) geladen. Die Verteidigung hatten die Rechtsanwältin Dr. Puppe (Berlin) und Kenfer (Bodum) übernommen. In der Verhandlung stellte sich nun heraus, daß die Behauptung des Angeklagten, er hätte sich immer zuerst die zweite Interzesse auf die Schecks geholt und dann erst die erste gefüllt, tatsächlich richtig war. Der Schreibführer Dr. Rippenberger (Bonn) hat die Schecks mit Vorwissen unterschrieben und festgestellt, daß die Schriftzüge des ersten Namenszuges auf der Schriftzüge des zweiten Namenszuges nicht, so daß die Behauptung des Angeklagten, er habe sich entgegen den bei Salde bestehenden Vorschriften die zweite Interzesse zuerst geben lassen, auf Wahrheit beruht. Die Profuristen hatten bestritten, ihre Interzessen zuerst auf die Schecks geben zu haben. Im Laufe der Verhandlung wurde weiter erörtert, daß der Angeklagte an verschiedenen Kennplätzen, in Spielclubs z. mit dem von mehreren Konstitutionsprojekten bekannten Referendar Schröder, dem Rittmeister v. Wrede zusammengekommen und mit denselben gespielt habe. Der Angeklagte hatte, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, die Absicht, zusammen mit Dr. Schröder in Berlin ein großes Wettbüro aufzunehmen, weil es, wie er angab, in Deutschland nur drei bis vier Personen gebe, die mit Buchmachern so genau zu spielen wissen wie er. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf den außerordentlich großen Vermögenszuwachs, dessen sich der Angeklagte scheinlich gemacht habe, ein in Jahre 300 bis 400 und Ehrerkenntnis über 10 000 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf vier Jahre sechs Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

### Wegen Gebrauch des Wortes 'Wackes' verurteilt.

Leipzig, 21. Januar.

Der verantwortliche Redakteur der 'Leipziger Neuesten Nachrichten', A. Kitzler, ist aus Grund einer Privatklage des früheren Vorstehers des 'Sonderzeitungs-Vorwärts', G. a. n., vom Schöffengericht zu Leipzig wegen Verleumdung zu 300 Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils in einem Blatt verurteilt worden, weil in einer Pariser Korrespondenz des Blattes mit deutlicher Anspielung auf den Privatkläger der Ausdruck 'Wackes' gebraucht worden war.

In der Urteilsbegrenzung zum Krupp-Prozess wurde ausgeführt: Es handelt sich um außerordentlich schwere Verfehlungen der Angeklagten. Sie haben ihnen anvertraute Dienstgeheimnisse dem Vertreter einer Privatfirma preisgegeben. Das Gericht ist aber doch trotz alledem dazu gekommen, hier einen mildernden Fall anzunehmen und den Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Die Angeklagten sind zur Zeit ihrer Verfehlungen noch sehr jung gewesen und haben nicht geglaubt, sich durch die Preisgabe der Dienstgeheimnisse irgend einer Verurteilung schuldig zu machen. Sie haben gemeint, nur der Firma Krupp oder deren Vertreter gäbe es keine Geheimnisse. Schleuder, Hinz und Schmidt haben für die Preisgabe der Dienstgeheimnisse zweifellos Vorteile angenommen, so daß hier eine Befreiung vorliegt. Sie mußten sich sagen, daß die Annahme, wenn auch noch so geringer Vorteile, eine Befreiung ist. Immerhin waren aber die Vorteile, die den Angeklagten gemährt sind, außerordentlich gering, so daß das Gericht in Betracht der ganzen Sachlage nur auf geringe Strafen erkannt hat. Schleuder und Hinz mußten zu höheren Strafen verurteilt werden als Schmidt, da Schmidt wenige Monate nach seiner Tätigkeit bereits Beurlauben hatte und um Vergebung bat. Von der Ehrenstrafe der Dienstentlassung und der Degradation hat das Gericht keinen Gebrauch gemacht. Bei Hinz lag ein Befreiungsgrund vor. Bei Weisner läßt sich nicht nachweisen, daß er Indultreue begangen und dafür Geld angenommen hat, er mußte daher freigesprochen werden. Hoge hat dem Brand ebenfalls Dienstgeheimnisse preisgegeben wie Schleuder, Hinz und

Schmidt, doch hat er dafür keine Belohnung angenommen, er war somit nur wegen Ungehorsams zu verurteilen.

Das Maritimum eines Kindes. Das traurige Schicksal eines unehelichen Kindes, das von der eigenen Mutter in der rohesten Weise mißhandelt und gepeinigt worden war, bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Strafrichter. Wegen Körperverletzung und einer das Leben gefährdenden Behandlung war die Mutter in Schöneberg anklaglich gewesen. — Die Angeklagte ist Mutter eines vor ihrer Heirat geborenen, jetzt fünfjährigen Knaben. Das bebauereute Kind hatte es von Anfang an schlecht; noch schlimmer erging es ihm aber, als die Angeklagte betraute. Zeit bildete das Kind bei jeder kleinen Streitsache den Stein des Anstoßes. Das Kind wurde bei jeder Gelegenheit mit einem Auslöcher, einem Pantoffel, Beiseiteln und schließlich auch mit einem Schüssel bearbeitet, so daß es am ganzen Körper blaue Flecken und blutige Striemen hatte. Wiederholt bekam das Kind den ganzen Tag nichts zu essen, so daß mitleidige Nachbarn ihm zu essen gaben. Es mußte der dreifährige Knabe spitzmächtig und bei hiltender Kälte in der Eise liegen, bis er vor Hunger und Mühelosigkeit umfiel. Eine Zeugin, die dieses Maritimum des kleinen Knaben kurz Zeit mitangehört hatte, ersuchte vor Gericht unter Tränen, wie sie die Angeklagte gebeten habe, den Jungen doch nicht so roh zu behandeln. Auf die Anzeige der Hausnachbarn hin wurde das Kind schließlich von der Polizei abgeholt und in einem Krankenhaus untergebracht. Das Schöffengericht erklärte mit Rücksicht auf die von der Angeklagten bewiesene Rohheit dem Antrage des Anwalts gemäß auf vier Monate Gefängnis.

### Der Kanal Leipzig-Torgau-Berlin.

Berlin, 21. Januar 1914.

Im großen Saale der Handelskammer Berlin trat heute abend der große Ausschuss des Deutschen Binnen-schiffahrt-Zentralvereins zu einer Sitzung zusammen, deren Hauptthema der Kanal Leipzig-Torgau-Berlin war. Der Vorsitz hatte, worüber Vergeheimer Dr. Belian (Eilenburg) referierte.

Nachdem der Vorsitzende Geh. Regierungsrat Plamm (Charlottenburg) die anwesenden Mitglieder begrüßt und einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, führte Dr. Belian zu seinem Thema im wesentlichen folgendes aus: Der Wunsch nach 'der großen Seelbahn Leipzig' ist ein alter. Aber erst im Jahre 1892 wurde die Frage ernsthaft in Angriff genommen und eine Denkschrift ausgearbeitet, in welcher dargestellt wurde, daß die Verbindung der beiden Kanäle Leipzig-Ballgau-Regen eine Strecke Leipzig-Röhren-Rosen und ein Kanal Leipzig-Torgau ganz auf nebeneinander bestehen können. Der Elster-Kanal und der Leipzig-Torgauer Kanal, die der Stadt Leipzig nach zwei Richtungen hin leistungsfähige Verbindungen bieten und die Schaffung einer neuen Wasserstraße nach dem Projekt Torgau-Halle scheint das erstrebenswerteste zu sein. Für die Verwirklichung des Elster-Kanal-Projekts wird von der Stadt Leipzig einseitig gearbeitet. Das Projekt wird von der Stadt finanziell gefördert, und die sächsische Staatsregierung hat durchgeleitet, daß die Saale von der Einmündung des geplanten Kanals bis Halle für Schiffe bis zu mindestens 400 Tonnen Tragfähigkeit ausgebaut und das Fahrwasser bis zur Elbe verbessert wird. Da die Stiftung der Bewegung der Leipzig-Torgau und Leipzig-Liebenau-Strade auch ihr Projekt gefördert wurde, nicht vernachlässigt wurde, hat der Magistrat von Eilenburg die Interessenten zu einer im Dezember 1912 stattgefundenen Verammlung nach Leipzig zusammenberufen, wo ein Kanalverein gegründet wurde, der ein Projekt Leipzig-Eilenburg-Torgau mit Weiterleitung bis Potsdam zur Havel vorzuziehen. Der Rat der Stadt Leipzig lehnte die Mitarbeit ab, weil die preussische Regierung angeblich erklärt haben soll, daß sie eine Kanalverbindung Leipzig-Torgau nicht zugeben könne. In einer Konferenz im Februar 1913 erklärte der Minister der öffentlichen Arbeiten, daß die preussische Regierung gegen das Projekt keinen Einspruch erheben werde, die Gewährung eines Zuschusses aber von einem Vorprojekt abhängig mache. Dem Verein traten darauf eine Reihe von Kreisen und Städten bei. Es wurde ein Projekt ausgearbeitet, das der Autor, Regier.-Baumeister Dr. Sappelt, in der heutigen Verammlung näher erörterte. Nach dem Projekt soll der Kanal bei Leipzig beginnen und zur Mulde oberhalb Eilenburg führen, dort die Wasserstraße der Elbe bei Torgau erreichen, 41 Kilometer weit die Elbe selbst benutzen und dort, wo tatsächlich die Elbe der Luftlinie nach Berlin am nächsten kommt, soll dann das zweite Stück seinen Anfang nehmen. — Der Redner erläuterte dann an der Hand zahlreicher ausgestellter Karten und Pläne ufm. seine Darlegungen und wies nachdrücklich darauf hin, daß namentlich in der Gegend von Zülpich die außerordentlich wichtigen landwirtschaftlichen Interessen nicht gefährdet würden.

Nach dem Vortrage hob Dr. Belian hervor, daß das Projekt vom technischen Standpunkt aus durchführbar sei. Es sei zu hoffen, daß auch an der neuen Strecke neue Industriezweige entstehen würden, die dem Kanal zugute kommen. Der Potsdamer Bahnhof, dessen niedrige Lage zurzeit ein großes Hemmnis für die Einführung des Kanals in die Havelseen ist, wird höher gelegt werden müssen. Das letzte Wort wird die Potsdamer Handelskammer zu sprechen haben. Die Kosten des Kanals sind auf 64 Millionen veranschlagt.

In der Diskussion bestrittete Kutas als Vertreter des Bürgervereins Dommitzsch eine Linienführung des Kanals und wandte sich auch in verschiedenen anderen gegen einzelne Darlegungen des Vortragenden. — Dr. Belian löste Dr. Havelstades widerlegte seine Ausführungen mit kurzen Worten. — Eine Resolution wurde nicht vorgelegt. — Zum Schluß sprach Dr. v. Castein (Berlin-Triebesau) über wichtige Fragen des Schlepptreffs.

### Provinzial-Nachrichten.

#### Im letzten Augenblick vereitelt.

Motdratz, 22. Januar.

Kurz bevor der von Sagan nach Halle fahrende D-Zug heute früh gegen 5 Uhr unsere Station passierte, war, wie üblich, der ihm vorausfahrende Eil-Güterzug auf ein totes Gleis gefahren worden. Dabei wurde der Bremsblock überzogen, drei Wagen entgleisten und fielen auf das Gleis, das der D-Zug benutzen mußte. Dieser brauchte aus alledem heraus, nur und durch die Geistesgegenwart seines Lokomotivführers wurde ein Zusammenstoß mit den das Gleis sprengenden Wagen vermieden, aus dem ungedeuteter Unheil hätte entstehen können. Der Lokomotivführer brachte den D-Zug noch im letzten Moment zum Stehen.

H. Gerstfeld, 22. Jan. (Die freiwillige Feuerwehr) feierte gestern abend ihr erstes Stiftungsfest.

v. Hölleben, 22. Jan. (Eritrukte) Ist gestern morgen in der Saale der 7 Jahre alte Sohn des Tischlers Strahl. Er ist unter die Eisdecke gesunken und bis jetzt noch nicht geborgen.

v. Hülzau bei Anapendorf, 21. Jan. (Diebstahl von Wertpapieren) Diebe stahlen in der Nacht vom Sonntag zum Montag aus dem verschlossenen Walschhaus des Herrn Gutsbesizers Hoffmann hier etwa 16 Briefe. Da die Fenster mit eisernen Gittern versehen sind, wurde ungeschädigt bleiben, haben die Langfinger jedenfalls mit einem Patent die an einer Stange aufgehängten Briefe herausgeangelt. Die Täter sind unerkannt geblieben.

v. Kainitz, 21. Jan. (Bestrafte Wilddieberei) In dem ungewunden Umfang die Wilddieberei in den umgebenen Dörfern hier in den letzten Jahren stetig zugenommen, zeigt, daß in den Dörfern Kainitz, Bismarck, Kainitz und Kainitzburg für abgeleitete Wilderei in fünf Jahren Geldstrafen bis zu 300 Mark und Gefängnis bis 1/2 Jahre verhängt worden sind und erst in vergangener Woche wurden zwei Personen aus Kainitz und Kainitz vom Schöffengericht in Merseburg aus gleichem Grunde mit 3 bzw. 1 Monat Gefängnis bestraft. Die verwendeten und beschlagnahmten Schusspatronen sowie die Munition waren durchweg von bester Qualität. Erst im Verein mit den Jagd- und Forstbeamten der gebildeten Jagdgesellschaft kann der Überhandnahme von Wilddieberei energisch gesiegt werden.

v. Kassel, 22. Jan. (Schenkung) Der Großindustrielle Karl Hentjchel schenkte dem Vaterländischen Frauenverein 100 000 Mark und seine Mutter den Betrag von 50 000 Mark.

v. Weisitz, 21. Jan. (Große Deutsche Bäderreise) Nach einer Reise in Leipzig (1914) eine Reise nach dem Gebiet der Reichsanstalt ist unter anderem hinsichtlich herangezogene Plakat der Großen Deutschen Bäderreise nach Leipzig 1914. Und dieses in künstlerischer Hinsicht sowohl wie bezüglich seines Ausdrucks: der Plakatschrift. Es scheint da unter nächstlichem Sternhimmel — dieser die Hauptarbeit dieses Gemaches auszubereiten — die Silhouette Leipzigs mit ihren Gebäuden, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, die die Reichsanstalt und im Hintergrund rechts des Plakatschiffes. Und aus diesen nächstlichen Mitteln erst herortreten, gleichsam als Produkt dieses angebotenen nächsten Schiffes, der seine Linienführung einer bestellten Wesel. In hellblauer brauner Farbe weithin leuchtend erregt sie schon aus großer Entfernung Interesse und läßt zu näherem Beschauen. Die beiden Plakate (entweder in der Form eines Plakats oder in der Form) nachgebildeten offiziellen Plakats und Siegelmarken sind von gleichbedeutender Wirkung.

v. Weisitz, 21. Jan. (Die Stadt Paris auf der Leipziger Buchgewerbeausstellung) Auf der internationalen Buchgewerbeausstellung ist bekanntlich auch Frankreich mit einem eigenen Pavillon vertreten, wofür die Regierung schon 400 000 Fr. bewilligt hat. Nunmehr hat der Senat nun die 215 Millionen für die Beteiligung der Stadt Paris 10 000 Fr. zur Verfügung zu stellen, ebenso sind für die Ausstellung des Gemeindeparlamentes 5 000 Fr. ausgesetzt worden. Die Stadt Paris wird einen besonderen Pavillon errichten, sondern im französischen Pavillon ausstellen.

Jerbst, 21. Jan. (Ein Automobilunfall) ereignete sich am Montag abend auf der Chaussee nach Dornburg zwischen Jerbst und Weisitz. Ein am Jerbst sitzender Fahrer hat sich über den unweit Jerbst einen über die Chaussee tretenden Mann, der vollständig betrunken war. Der Überlebende wurde jetzt in dem Automobil in das Kreiskrankenhaus in Jerbst gebracht, wo er erkrankt ist.

n. Teuchern, 21. Jan. (Städtisches.) Aus dem Bericht des Bürgermeisters über das Verwaltungswesen im letzten Jahre in der Stadterweiterungsfrage ist besonders erwähnenswert die hohe Geburtenziffer von 196, der die niedrige Sterbeziffer von 85 gegenüber steht (im Vorjahre 173 und 111). Die Rechnung der Spätkasse für 1912 weist bei 98 328 Mk. Einnahmen und 100 536,55 Mk. Ausgaben einen Nettobetrag von 2208,55 Mk. auf. Der Etat für 1914 schließt mit 99 500 Mk. ab. Die Rechnung der Kammerrechnung für 1912 wurde in Höhe von 174 101 Mk. in Ausgabe auf 148 770,99 Mk. folgeschicklich. Der Bestand von 25 300,02 Mk. Der Etat der Kammerrechnung für 1914 schließt mit 109 000 Mk. ab. Steuerzuschläge sollen erhöht werden 250 Proz. zur Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und taatlichen Einkommensteuer, und 100 Proz. zur Vertriebssteuer. Der Zinsfuß der städtischen Sparkasse wird auf 3 1/2 Prozent erhöht. Auch sollen Heimparabüßen angeordnet werden.

A. Wittenfeld, 21. Jan. (Steuererhöhung.) Infolge der bedeutenden Mehrausgaben für Schulen und Wegfall guter Einnahmequellen durch Verkauf von Kohlenfeldern haben sich die Steuerzuschläge als unzureichend erwiesen und mußten daher erhöht werden. Die Zuschläge (einschließlich 15 Proz. Kreissteuer) weisen folgende Höhe auf: zur Einkommensteuer 185 Proz. (bisher 162) und zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 200 Proz. (bisher 182).

Dommitzsch, 20. Jan. (Abföngungsache.) In der letzten Längeren die gesamte Bürgergüter herüberenden Abföngungsfrage der Realgüterbesitzer der Rabel- und Buchhausbesitzer an den städtischen, ca. 1200 Morgen großen Forst, sind heute eine allgemeine Versammlung der Beteiligten unter dem Vorsitz des Realgüterkommissionärs, Regierungsrat Wilmanns, statt, zu der von 148 Berechtigten 150 erschienen waren. Nach in anderer Verhandlung nahmen 100 Berechtigte durch Unterfertigung solchender Vermittlungsprotokolle an. Der Jahreswert der Realgüterbesitzer wird auf 15 Mk. festgesetzt. Die Abföngungssumme, veranschlagt für die städtische Stadt Dommitzsch an die Realgüterbesitzer, aus gleich, ob Real- oder Buchhausbesitzer, durch Vermittelung der Realgüterbesitzer zu zahlen hat, wird auf 300 Mark für jeden Berechtigten ortsanhaft, vorbehaltlich der Genehmigung der städtischen Körperschaften. Die bisher von den Beteiligten seit Menschengedenken gesuchte Sondersteuer, 'Kammerrechnung', wird in Anbetracht auf die Abföngung der Grundstücke in eine noch etwa 40 Jahre zu schenken Rente in gleicher Höhe, wie die bisher geschätzte Kammerrechnung, durch Vermittelung der königlichen Rentenkammer umgewandelt. Nach Ablauf dieser Zeit erlischt diese Rente, und somit auch die Kammerrechnung. Die 50 Berechtigten, welche diesen Vermittlungsprotokoll nicht angenommen haben, verlangen zum Teil eine höhere Abföngungssumme für die Gerechtigkeiten und vor allem einen höheren Zinsfuß für die städtische Stadt Dommitzsch an die Kammerrechnung. Die Stadt Dommitzsch hat bei der Berechnung der 98 Berechtigten abgemindert gegenüber, so daß jedoch wohl die Grundrente in dieser Streitsache das letzte Wort sprechen werden. Die Stadt bedarf zur Abföngung der Realgüterbesitzer ca. 50 000 Mark.

Camburg, 21. Jan. (Unter dem Eise.) Die beiden kleinen und fünfjährigen Kinder des Kaufmanns F. Beyer lebten gestern in Begleitung des Dienstmädchens die prachtvolle Eisbahn auf der Saale. Als sie in einem Rahne die Schlittschuhen abnahmen wollten, überfielen sie





